

II- 1183 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR SOZIALE VERWALTUNG

XIV. Gesetzgebungsperiode

1010 Wien, den 15. Juli 1976

Stubenring 1  
Telephon 57 56 55

Z1. 21.891/53-3/76

467/AB

1976 -07- 21

zu 5781J

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Dr.SCHRANZ und Genossen an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung, betreffend die Werbung für Krankenversicherungen bei Urlaubsaufhalten (Nr.578/J-NR/1976)

Die Herren Abgeordneten Dr.SCHRANZ und Genossen haben an mich folgende Frage gerichtet:

Könnten Sie sich dafür einsetzen, daß die Privatversicherung bei ihrer Werbung für Krankenversicherungen bei Urlaubsaufhalten korrekt vorgeht und die Betroffenen nicht im Unklaren über den ohnehin bestehenden Schutz auf Grund zwischenstaatlicher Sozialversicherungsabkommen läßt ?

In Beantwortung dieser Anfrage beehre ich mich, folgendes mitzuteilen:

Im Rahmen meines gesetzlichen Aufgabenbereiches besteht keine Möglichkeit, auf die Werbemethoden der Vertragsversicherungen Einfluß zu nehmen, weshalb ich mich außerstande sehe, im Sinne der Anfrage tätig zu werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich aber nicht unerwähnt lassen, daß sowohl die in Betracht kommenden

- 2 -

Sozialversicherungsträger, einschließlich des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger, als auch die Interessenvertretungen der Dienstnehmer wiederholt in Mitteilungsblättern, Kundmachungen, Zeitschriften usw. auf die Möglichkeit der ärztlichen Betreuung im Rahmen der bestehenden Sozialversicherungsabkommen mit anderen Staaten hingewiesen haben. Erfreulicherweise haben auch verschiedene Tageszeitungen an einer diesbezüglichen Aufklärung der Versicherten mitgewirkt.

